

ANFRAGE von Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), Judith Stofer (AL, Zürich) und Katrin Cometta-Müller (GLP, Winterthur)

betreffend Familienergänzende Kinderbetreuung: Finanzhilfen für Subventionserhöhungen von Kantonen und Gemeinden

Der Bund unterstützt ab dem 1. Juli 2018 Kantone und Gemeinden, die ihre Subventionierung der familienergänzenden Kinderbetreuung gegenüber dem Referenzjahr 2020 ausbauen, um die Betreuungskosten der Eltern zu senken. Der Kanton Zürich hat das Sozialdepartement der Stadt Zürich mit den Datenerhebungen im Rahmen der Gesuchseinreichung für den gesamten Kanton, d.h. bei allen Gemeinden, beauftragt. Die entsprechende Umfrage war bis Mitte Juli 2019 abzuschliessen. Mit der Erhebung soll die Grundlage für ein allfälliges Finanzierungsgesuch geschaffen werden. Zeigen die Umfrageergebnisse, dass sich die Summe der Subventionen aller Gemeinden ab Januar 2021 erhöht, wird der Kanton ein Gesuch ausarbeiten und beim Bundesamt für Sozialversicherungen (BVS) einreichen.

Wir bitten den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Weshalb hat die Bildungsdirektion das Sozialdepartement der Stadt Zürich mit der Umfrage bei allen Zürcher Gemeinden beauftragt und diese nicht selbst durchgeführt, obwohl der Kanton beabsichtigt, das eigentliche Finanzierungsgesuch selber auszuarbeiten und beim BVS einzureichen?
2. Wie viele Gemeinden haben sich an der Umfrage beteiligt (in absoluten Zahlen und in Prozent)? Falls es Gemeinden gegeben hat, die sich nicht an der Umfrage beteiligten, welche waren dies?
3. Wie viele und welche Gemeinden planen, ab Januar 2021 ihre Subventionen der familienergänzenden Kinderbetreuung gegenüber dem Referenzjahr 2020 auszubauen? Und wie hoch sind die geplanten Subventionserhöhungen im Einzelnen?

Karin Fehr Thoma
Judith Stofer
Katrin Cometta-Müller